

Siegfried-Glesen: BUND fürchtet „vermeidbare neue Umweltbelastungen“ durch Wiederinbetriebnahme

Umweltverband und Bürgerinitiative klagen

GIESEN/HANNOVER. Der BUND Niedersachsen klagt gegen die Wiederinbetriebnahme von Siegfried-Giesen. Das hat der

„Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland“ jetzt bekannt gegeben. Durch die Wiederinbetriebnahme entste-

hen vermeidbare neue Umweltbelastungen“, begründet BUND-Vorstand Axel Ebeler den Schritt. Die Hildesheimer Kreisgruppe und die Bürgerinitiative Giesen-Schacht (BI) unterstützen den Verein.

lich zumutbaren Bedingungen möglich wäre“, zitiert der BUND Niedersachsen Dirk Fietz von der BI.

gung zum Neustart sein. Das niedersächsische Umweltministerium sah dafür keinen Anlass. Am Ende wies Umweltminister Olaf Lies Landrat Olaf Levonen an, das Einvernehmen zur Genehmigung zu erteilen – gegen den Willen einer Mehrheit der Kreistagsabgeordneten.

KÜHLSCHRANK WAR BRANDHERD

Defekte Elektronik in einem Kühlschrank hat das Feuer im Kalischacht im Januar ausgelöst. Das teilte das Landeswirtschaftsministerium jetzt auf Anfrage der Grünen mit. Verletzt wurde niemand, vier Container brannten aus. Es entstand ein Schaden von 100.000 Euro. Anja Piel,

Fraktionsvorsitzende der Grünen im Landtag, fordert besseren Brandschutz. Es müsse „sichergestellt sein, dass die Belegschaft im Brandfall frühzeitig in Sicherheit gebracht werden kann“. Die Frühschicht bemerkte den Vorfall bei Dienstantritt.

Die Kläger werfen dem Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) vor, den Interessen des Antragsstellers K+S höhere Priorität eingeräumt zu haben als Umweltbelangen. „Die Diskussionen im Rahmen der Genehmigungsprozesse haben gezeigt, dass in Giesen ein Kalibergbau unter Vermeidung neuer und alter Halden und eine Reduzierung von Immissionen unter wirtschaft-

Zweite Kalihalde vermeidbar?

BI und Umweltverband stören sich vor allem an den Plänen des Düngemittelherstellers K+S, einen zweiten Kaliberg im Falle einer Wiederinbetriebnahme aufschichten zu wollen. Darüber hinaus wollen die Gruppen, dass die Versalzung des Grundwassers unter dem bestehenden „Kalimandscharo“ beseitigt wird. Im Planfeststellungsverfahren sollte dieser Aspekt eine Bedingung für die Genehmi-

Einen Verhandlungstermin gibt es am Amtsgericht Hannover noch nicht. Neben der grundsätzlichen Klage von BUND und BI liegen noch Klagen gegen Einzelaspekte des Vorhabens von den Gemeinden Giesen und Harsum sowie der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes und zweier Landwirte-Verbände vor. bst